

GEDANKEN AUS DER CHEFREDAKTION

Liebe Leserinnen und Leser,



die Jahresendrallye hat begonnen, auch in der Politik. Der politische Terminkalender ist bis zum Anschlag gefüllt. Bis zu den Weihnachtsfeiern muss der politische Schlagabtausch durch sein, denn dann soll Zeit zum Nachdenken sein. Die nötige Ruhe für den Blick auf die langfristigen Aufgaben, die bräuchte es jedoch gerade jetzt.

Der Deutschlandtag der Jungen Union hat hier ein Zeichen gesetzt: Der demographische Wandel und seine Folgen waren das Thema der Beratungen der Delegierten und ihrer Diskussion mit den politischen Spitzen der Union. Gemeinsam wurde um Politik-Entwürfe für die Zukunft gerungen. Von Politikverdrossenheit und Zukunftsangst keine Spur. In Braunschweig

hat die JU erneut ihren Mut zur Verantwortung unter Beweis gestellt - und ihre Kraft zur Vision.

Eine Vision oder zumindest so etwas wie ein Plan vermisse hingegen mancher bei der bisher eher zurückhaltend präsentierten Halbzeitbilanz der schwarz-gelben Koalition. Zu Recht gilt die Regel, dass in kleinen Koalitionen Führung vor allem vom großen Koalitionspartner ausgehen sollte. Für den Bundesparteitag in Leipzig liegen nun einige Anträge auf dem Tisch, die in der Tat über den Tag hinaus weisen und einen neuen Führungsanspruch der CDU formulieren. Ob die Richtung stimmt, darüber werden die Delegierten zu richten haben. Ihnen und uns allen eine gute ENTSCHEIDUNG wünscht

Nathanael Liminski
Chefredakteur ENTSCHEIDUNG

WEGE IN DIE POLITIK

Wachstum braucht Wege



Aus der Traum von Rot-Grün. Das vorzeitige Ende der „Wunschkoalition“ in der Bundeshauptstadt Berlin belegt einmal mehr die ideologische Irrfahrt der Grünen. Sie blockieren wichtige Infrastrukturprojekte in ganz Deutschland: Stuttgart

21, die Autobahn 100 in Berlin sowie die dritte Startbahn am Münchner Flughafen sind nur einige Beispiele dafür, wie sich die Partei gegen dringend notwendige Projekte stemmt. Bundesweit kämpft sie gegen die Verbesserung von Luftfahrt, Schiene und Straße sowie gegen unzählige örtliche Baumaßnahmen wie etwa Ortsumgehungen.

Für Wohlstand und Wachstum in Deutschland sind der Ausbau und die Instandhaltung der hiesigen Verkehrsinfra-

struktur aber unabdingbar. Um international wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen große Projekte rasch umgesetzt werden - und nicht verhindert werden.

Die Grünen sind die Partei des Stillstands. Sie stemmen sich gegen den Fortschritt und handeln nach dem Prinzip „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass.“

Sie plädieren für Wohlstand, bremsen aber mit ihrem kategorischen Nein zu Verkehrsprojekten das Wachstum. Sie plädieren für erneuerbare Energien, kämpfen aber vor Ort gegen Windräder und Solarparks. Sie plädieren in dicht besiedelten Regionen für günstigen Wohnraum, lehnen aber neues Bauland ab. Die Grünen sind eine Nein-Sager-Partei. Mit ihrer Blockadehaltung schaden sie der Infrastruktur in unserem Land und sind dabei Gift für die deutsche Konjunktur. [...]

Lesen, wie die Schwarzen denken: Seit über 50 Jahren ist DIE ENTSCHEIDUNG das Magazin der Jungen Union Deutschlands: Alle 2 Monate aktuelle politische Informationen aus dem Verband und für den Verband - und das ab 10,- Euro im Jahr! Abonnieren lohnt sich unter

» Mehr in der ENTSCHEIDUNG



Herausforderungen. Angenommen!



Ein herbstlicher Samstagnachmittag mitten in Deutschland. Aus den Boxen tönen die „White Stripes“, 1.200 junge Menschen erheben sich von ihren Plätzen, die Bundeskanzlerin marschiert unter Jubel in die bis zum letzten Platz gefüllte Braunschweiger Stadthalle ein. Lange hat die Regierungschefin nicht mehr so viel Applaus für einen Auftritt bei der wahlkampfproben Basis der Partei bekommen wie beim DLT11. Dabei hat die Junge Union ein untrügliches Gespür für Geschichte. Der Verband weiß, wann CDU-Vorsitzende Unterstützung brauchen - gleichwohl ohne sich anzubiedern. Am DLT-Samstag war es soweit. Angela Merkel stand vor wichtigen, abendlichen Verhandlungen in Brüssel über die Zukunft des Euros und die JU bekundete ihre Solidarität. „Liebe

internationale Gäste, schickt SMS an Eure Regierungschefs, dass Angela Merkels Junge Union hinter ihr steht!“, fasste JU-Chef Philipp Mißfelder die Stimmung zusammen. Und die Kanzlerin versicherte, dass sie dem Drängen nach einer Vergemeinschaftung von Schulden - nichts anderes wäre mit der Einführung von Eurobonds verbunden - nicht nachgeben werde. Zudem appellierte die Regierungschefin an Spanien und Italien, nicht den Weg von Griechenland einzuschlagen. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen sei gerade in der gegenwärtigen Krise oberstes Gebot. So sehr die Junge Union die klaren Aussagen in der Rede von Angela Merkel begrüßte: Kritische Fragen in der anschließenden Diskussionsrunde gehörten wie in jedem Jahr zum Deutschlandtag - eine Praxis, die vielen internationalen Teilnehmern des DLT11 aus ihren eigenen Ländern unbekannt ist. Rasche Kurswechsel haben die JU-Basis verunsichert, auch das bekam die Bundeskanzlerin in Braunschweig mit auf den Weg. Das Signal ist klar - der Motor von CDU und CSU, als den sich die Jungen in der Union seit nunmehr 64 Jahren verstehen, läuft. Er ist solidarisch, wenn es darauf ankommt und kritisch, wenn es ihm geboten erscheint.

In dieses Bild fügten sich auch die anderen Programmpunkte der Tagung. Am Freitagabend eröffneten Braunschweigs Oberbürgermeister Dr. Gert Hoffmann, CDU-Landeschef

Frank Oesterhelweg MdL und der Braunschweiger JU-Landesvorsitzende Claas Merfort den Deutschlandtag mit klaren Worten in Richtung Berlin. Daran schloss CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt MdB mit Angriffen auf die Oppositionsparteien an. Insbesondere sein Vorstoß, die SED-Fortsetzungspartei „Die Linke“ verbieten zu lassen, stieß auf große Zustimmung unter den Delegierten und Gästen. Die Auseinandersetzung mit Linken und Grünen werde er weiter offensiv suchen, so Dobrindt, der sich auf dem anschließenden „Braunschweiger Abend“ noch Zeit für persönliche Gespräche nahm.

Am Samstag führte dann Professor Dr. Otto Wulff, seines Zeichens kämpferischer Bundesvorsitzender der Senioren-Union, in den diesjährigen Leitantrag ein. Markig und unverwechselbar strich er heraus, wie wichtig die Zusammenarbeit der Generationen für die Zukunft unseres Landes sei. Dabei kennt jeder JUler das Problem. Lange brütet der Verband über einem Leitantrag, diskutiert, streitet über den richtigen Weg - und am Ende bestimmen eventuell andere, aktuellere Themen die Agenda einer Sitzung. Selten allerdings standen das Thema des Leitantrages „Deutschland demographiefest machen!“ und das gefühlte Thema, die Eurorettung, in einem so engen Zusammenhang. Die Verankerung der Schuldenbremse auf internationaler Ebene ist schließlich eines der wichtigsten Projekte, vor der die Politik angesichts der horrenden Staatsdefizite innerhalb der Eurogruppe steht.

Umjubelt wurden nicht nur Bundeskanzlerin Merkel und SenU-Chef Wulff - auch David McAllisters Auftritt wird vielen Delegierten lange im Gedächtnis bleiben. Der niedersächsische Ministerpräsident und Vorsitzende der CDU in Niedersachsen ist in der Jungen Union groß geworden, war lange JU-Kreisvorsitzender und hat sich seinen jugendlichen Elan beibehalten. Die Bilanz seiner Regierungszeit kann sich sehen lassen und setzt insbesondere im Bereich der Innenpolitik deutliche Akzente. So berichtete McAllister unter großem Applaus, dass sich seine Landesregierung von einem Hungerstreik luxusliebender Häftlinge nicht habe unterkriegen lassen. Zudem sei er stolz auf seine schottische Herkunft: „Ich bin beim Ausgeben staatlicher Gelder gerne geizig“.

Vor der Rede der Bundeskanzlerin bestand am Samstagmittag darüber hinaus Gelegenheit, mit dem Co-Autor des bildungspolitischen Leitantrages zum CDU-Bundesparteitag, Sachsens Kultusminister Professor Dr. Roland Wöllner MdL, zu diskutieren. [...]

INTERVIEW MIT JOSEF KRAUS

„Reichlich blauäugig und reichlich naiv“



ENTSCHEIDUNG: Herr Kraus, ist die Bildungspolitik eine Kompetenz der Union?

Kraus: Zumindest war sie über Jahrzehnte hinweg eines der wichtigsten Kompetenzfelder der Union. Das gilt nicht nur für die CDU Deutschlands und für

die CSU, sondern auch für die einzelnen Landesverbände der CDU. Ich denke etwa an die hessische CDU.

ENTSCHEIDUNG: Auf ihrem Parteitag in Leipzig befasst sich nun die Bundespartei in einem Leitantrag mit der Bildungspolitik. Stellt dies bereits eine Verletzung der Länderkompetenz in Sachen Bildung dar?

Kraus: Zunächst bin ich froh, dass sich die CDU wieder intensiver mit Bildung beschäftigt. Die letzten Jahre habe ich fast den Glauben verloren an den Gestaltungswillen der Union insgesamt und in der Bildungspolitik im Besonderen. Da sind Zweifel aufgekommen, nicht zuletzt auch, weil in vielen Bundesländern, in denen die CDU den Regierungschef stellt, das Schulministerium stets an den Koalitionspartner abgegeben wurde. Ich halte es also für ein positives Zeichen, dass sich die CDU jetzt mit der Bildungspolitik beschäftigt. Bei einigen Vorschlägen im Leitantrag für Leipzig jedoch muss ich hoffen, dass sie auf dem Bundesparteitag zumindest abgeändert werden. Dennoch bin ich der Auffassung, dass ein programmatisches Band um die verschiedenen CDU-Landesverbände laufen muss und sehe im Leitantrag daher keinen Verstoß gegen das Föderalismusprinzip.

ENTSCHEIDUNG: Der Antragsteller begründet sein Vorgehen auch damit, dass man dem Föderalismus zu „mehr Akzeptanz in einer globalen Welt“ verhelfen will. Hat der Bildungsföderalismus ein Imageproblem?

Kraus: Ja, leider hat er ein Imageproblem. Man hat es wohl versäumt - auch seitens der Befürworter des Föderalismus, herauszustellen, was der Föderalismus an Positivem bringt und welche Tradition er in Deutschland hat. Das führt dann etwa zur These, dass Föderalismus ein Mobilitätshindernis sei. Er ist jedoch nur deshalb ein Mobilitätsproblem, weil sich viele Bundesländer, weniger die süddeutschen, mehr die norddeutschen oder auch die westdeutschen Länder, von einem bildungspolitischen Konsens verabschiedet ha-

ben. Sie haben Anspruchsdumping betrieben, sodass heute ein Wechsel von Schülern vom Süden nach dem Norden kein Problem, vom Norden in den Süden hingegen eine große, manchmal zu große Herausforderung für die betroffenen Kinder darstellt. Dabei sind die Kinder nicht dümmer, sondern leiden darunter, dass sie weniger gefördert worden sind und zum Teil deutlich weniger Stunden Unterricht gehabt haben. Das wirkt sich natürlich aus. Föderalismus in der Bildungspolitik bedeutet im Kern etwas Positives, nämlich Wettbewerb um bessere schulische Lösungen. Ich wünsche mir diesen kompetitiven Föderalismus, der aber im Ergebnis auch dazu führen muss, dass diejenigen, bei denen sich herausgestellt hat, dass sie schwächere Schulsysteme haben, sich dann auch nach der Decke strecken. Dafür muss man nicht nach Südkorea, Singapur oder Finnland reisen. Man kann sich einfach die Bundesländer anschauen, wo es ganz offensichtlich besser klappt.

ENTSCHEIDUNG: Ist die im Antrag gleich mehrfach geforderte Einführung eines nationalen Gütesiegels für Bildungseinrichtungen der goldene Mittelweg zwischen Länderkompetenz und bundesweiter Vergleichbarkeit?

Kraus: Das ist wohl im Moment der Trend: Man will Quote, man will Etiketten, die Verpackung ist wichtiger als der Inhalt. Ich habe das ab unter „Schaufensterpolitik“. Es geht mir aber um die Inhalte und es geht mir um die Ansprüche.

ENTSCHEIDUNG: Kommen wir direkt zu den Inhalten des Antrags: Stellt der Leitantrag tatsächlich die Kehrtwende der CDU-Bildungspolitik dar, als die er oft kritisiert wird?

Kraus: Der Antrag ist reichlich blauäugig und reichlich naiv. Man tut so, als wäre mit der Abschaffung der Hauptschule der Hauptschüler mit seinen Förderansprüchen und Förderbedürfnissen abgeschafft. Und im neuen Bekenntnis der CDU zum zweigliedrigen Schulsystem sehe ich schon eine Abkehr von bisherigen Positionen. Die Union stand immer für Mehrgliedrigkeit, nicht nur für Dreigliedrigkeit, sondern für Mehrgliedrigkeit. Wir haben ja alleine im Bereich der beruflichen Bildung, im Bereich der Förderschulen, bisher noch eine Vielfachdifferenzierung. Mit der Einführung einer „Oberschule“ suggeriert man, dass alle Wege zum Studium führen. Man scheint auch in der Union davon infiziert, dass es vor allem um eine Steigerung der Quote der Studierberechtigten geht. Ich bedaure sehr, dass die Union auf die Art und Weise die Schulform, welche die letzten Jahre der stabilste Faktor im deutschen Schulwesen war, nämlich die Realschule, gefährdet. [...]

AKTIV

Auf dem Schleswig-Holstein-Tag

hat der nördlichste JU-Landesverband Rasmus Vöge zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2012 gewählt. Vöge betonte in seiner Bewerbungsrede, im Landtag für die Interessen der jungen Generation streiten zu wollen. „Egal ob beim Thema Fehmarnbelt-Querung oder Schuldenbremse - Schleswig-Holstein kann sich keinen Rückfall in rot-grüne Zeiten leisten“, so Vöge. Neben Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und Landesfinanzminister Rainer Wiegard sprach auch der neue CDU-Landeschef und designierte Spitzenkandidat, Wirtschaftsminister Jost de Jager, zu den Delegierten. Der SHT verabschiedete ein umfangreiches Papier zur Sozialen Marktwirtschaft, indem sich der Landesverband für eine Abschaffung der Umlagefinanzierung der Arbeitslosenversicherung und eine Deckung des Arbeitslosengeldes aus Steuermitteln ausspricht. Zudem wurde Johanna Rieken als neue Beisitzerin in den Landesvorstand gewählt.



AKTIV

Bei einem Festakt

auf dem Hambacher Schloss in Neustadt an der Weinstraße wurde Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl am 29. Oktober mit dem „Pfälzer Löwen“ für seine Verbundenheit mit der pfälzischen Heimat ausgezeichnet. Der Bronze-Löwe ist die höchste Ehrung des Bezirksverbandes Pfalz für Verdienste um die Region. In seiner Laudatio betonte der JU-Bundesvorsitzende Philipp Mißfelder vor allem den Beitrag des Altbundeskanzlers für die europäische Einigung: „Es gibt meiner Ansicht nach wenige Europäer, welche die Gedanken und Forderungen des Hambacher Fests so verkörpern, wie Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl. Er ist ein Europäer, der aus dem Herzen spricht“, so Mißfelder. Auch die Rheinland-Pfälzische Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU, Julia Klöckner MdB, gratulierte dem Preisträger herzlich und betonte: „Als Spitzenpolitiker für Deutschland und Europa hat er seine Heimat, die Pfalz, nie vergessen.“ Helmut Kohl bedankte sich herzlich für den Ehrenpreis und mahnte zugleich: „Es gibt keine Alternative zu Europa. Wir dürfen uns jetzt von den aktuellen Problemen nicht verunsichern lassen.“

